



Protokollauszug zum BILDUNGS- UND SOZIALAUSSCHUSS

am Mittwoch, 05.07.2023, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

**Anpassung der Gebührensatzung für
Kindertageseinrichtungen sowie der
Elternbeiträge in der Schulkindbetreuung
(Vorberatung)**

Vorl.Nr. 169/23

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Nachdem zur Tagesordnung keine Änderungswünsche vorliegen, ruft sie Tagesordnungspunkt 1 auf.

EBMin **Schmetz** führt in das Thema ein. Sie begrüßt die anwesenden Vertretungen des Gesamtelternbeirats. Die Vorlage stehe im Kontext mit dem Eckpunktepapier als Grundlage zum Haushalt 2024. Deutlich spricht sie die Gesamtausgaben und die Haushaltssituation an. Es seien vor allem die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst, aber auch die allgemein gestiegenen Preise, etwa für Energie und Lebenshaltungskosten, die die Kosten in die Höhe treiben. Die Eltern tragen nur einen Teil der Kosten. Sie teilt mit, dass sich der Gesamtelternbeirat gegen den Beschlussvorschlag ausspreche.

Ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Bildung und Familie erläutert die Vorlage und geht auf die geltenden Rahmenbedingungen ein. In der aktuellen Satzung habe man eine Regelung zur turnusmäßigen Erhöhung anhand des Steigerungssatzes des Landesrichtsatzes getroffen. Die Erhöhung sei unüblich hoch. In den letzten 20 Jahren konnte man große Schwankungen feststellen. Deshalb wolle man einen durchschnittlichen Wert zugrunde legen. Eine Umfrage bei allen Landkreiskommunen habe ergeben, dass 26 Verwaltungen 8,5% vorgeschlagen oder umgesetzt haben. Weitere 3 Kommunen bleiben unter diesem Wert. Alle Rückmeldungen liegen jedoch noch nicht vor.

Es gebe Eltern, die sich das nicht leisten können, merkt Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** an. Sie werde dem Verwaltungsvorschlag nicht zustimmen. Die Schulen und Kindergärten sollen den Eltern bei der Antragstellung für Hilfeleistungen behilflich sein. Die Inanspruchnahme sei aktuell eher gering. Ihre Fraktion spreche sich für eine Erhöhung der Gewerbesteuer, um Geld in die Kasse der Stadt zu spülen, aus. Für die Unternehmen sei es wichtig, dass die Kinder der Mitarbeitenden gut versorgt seien. Sie geht auf die seit Jahren gewünschte Staffelung ein.

Die Diskussion und Empörung gebe es jedes Jahr, so Stadtrat **Meyer**. Die Kommission habe verschiedene Modelle mit den Eltern und den Trägern beraten und geprüft. Der

Gemeinderatsbeschluss sei letztes Jahr sorgsam ausgearbeitet worden und solle konsequent mit der Ergänzung umgesetzt werden. Auch der Familienfaktor mit einer Erweiterung der Ludwigsburg Card sei einbezogen. Weiterhin gebe es eine Familienstaffelung. Bisher sei man immer unter dem Landesrichtsatz geblieben. Man wolle eine bessere Entlohnung der Kita Mitarbeitenden, einen

TOP 1

Anpassung der Gebührensatzung für Kindertageseinrichtungen sowie der Elternbeiträge in der Schulkindbetreuung (Vorberatung)

Vorl.Nr. 169/23

Ausbau der Kitas, den Bau, den Betrieb und eine Steigerung der Attraktivität des Berufes. Zudem gebe es einen Rechtsanspruch der Eltern. Der Elternanteil an der Gebühr sei im Gegensatz zu anderen Kommunen nicht bei 20%, sondern bei 13%. Er geht weiter auf die Essensversorgung ein und merkt an, dass hier ein zunehmender Abmangel vorliege und trotz Preisanstieg durch die Caterer der Beitrag deutlich später erhöht worden sei. Man müsse die Ludwigsburg Card mehr bewerben, auch durch die Einrichtungen. Die Haushaltssituation sei bekannt und müsse bei den Beschlüssen berücksichtigt werden. Seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Die Fraktion um Stadtrat **Dengel** wird mehrheitlich mit dem Verwaltungsvorschlag mitgehen. In der Kommission habe man ein moderates Ergebnis gefunden.

Die Fraktion um Stadtrat **Dr. O'Sullivan** wird der Vorlage nicht zustimmen, vor allem nicht im Vorfeld der Haushaltsberatungen. Eine Erhöhung, wie vorgeschlagen, sei indiskutabel. Er fragt, wie mit der Satzung umgegangen werde, sofern die Vorlage nicht die notwendige Mehrheit erhalte. Eventuell werde seine Fraktion bis zur Gemeinderatssitzung einen Änderungsantrag stellen. Die frühkindliche Erziehung solle beitragsfrei sein, so die grundsätzliche politische Forderung seiner Fraktion. Sofern im Zuge der Haushaltsberatungen ein Gesamtpaket mit Steuererhöhungen und einer geringfügigen Beitragsanpassung als Lösung gefunden werde, könne eventuell seine Fraktion mitgehen.

Stadträtin **Knecht** wird dem Verwaltungsvorschlag zustimmen, auch wenn die Entscheidung hart sei. Man stehe im Wettbewerb mit anderen Kommunen und wolle eine bessere Entlohnung der Mitarbeitenden. Weiter spricht sie die Themen Kostensteigerung, Fachkräftemangel, fehlende Plätze und Bau an. Zudem sei der Haushalt sehr angespannt. Für Härtefälle gebe es die Ludwigsburg Card. Hier solle für die bürokratischen Hürden Hilfe angeboten werden.

Stadtrat **Müller** fragt nach einem Lösungsvorschlag, sofern die Gebühren nicht angepasst werden. Er werde der Vorlage nicht zustimmen und setzt sich für eine kostenlose frühkindliche Erziehung ein. Nicht alle Eltern haben eine Lohnerhöhung erhalten. Unabhängig davon sollten die Eltern auf die Unterstützungsmöglichkeiten hingewiesen werden.

Stadträtin **Moersch** teilt mit, dass der Großteil ihrer Fraktion für die Erhöhung sei. Sie selbst jedoch dagegen. Sie dankt dem Gesamtelternbeirat für die Stellungnahme. Nicht jede Familie habe eine Lohnsteigerung erhalten. Die Kinderbetreuung sei eine wesentliche Aufgabe der Stadt und man werde dieser bereits durch die vielen fehlenden Kita-Plätzen nicht gerecht. Die Familien seien die Zukunft und man müsse ihnen den Rücken stärken, auch hinsichtlich des Fachkräftemangels. Der Einnahmeausfall von 137.000 Euro könne bei Baumaßnahmen, Gutachterkosten und Pop-up-Maßnahmen eingespart werden.

Die Hilfe bei der Antragstellung für Ermäßigungen der Ludwigsburg Card, wie auch weiterer Unterstützungen, sei bereits Standard, merkt der **Leiter** des Fachbereiches Bildung und Familie an. Jeder Kindergartenanmeldung liege eine Informationsbroschüre zur Ludwigsburg Card bei. Verstärkt werde man dennoch dafür werben. Auf der Homepage gebe es für die Eltern zudem Informationen zu wirtschaftlichen Hilfen.

Die Einnahmen von 137.000 Euro betreffen das restliche Jahr 2023, stellt EBMin **Schmetz** klar. Ab dem kommenden Jahr seien die Einnahmen weitaus höher. Solange kein Neubeschluss gefasst werde, gelte die bisherige Satzung. Die Verwaltung schlage einen Durchschnittswert mit einer versetzten Wirksamkeit vor. Hierdurch ergebe sich eine gewisse Kontinuität und Verlässlichkeit für

TOP 1

Anpassung der Gebührensatzung für Kindertageseinrichtungen sowie der Elternbeiträge in der Schulkindbetreuung (Vorberatung)

Vorl.Nr. 169/23

die Eltern. Mit dem Instrument der Ludwigsburg Card wolle man in den nächsten Jahren das System aufbauen und eine Rabattierung erreichen. Verstärkt werde mit den Trägern zusammengearbeitet und auf die Angebote der Kommune, des Landes und Bundes hingewiesen. Weiter geht sie auf die Tarifierhöhungen für die Erzieherinnen und Erzieher ein. Sie fragt das Meinungsbild im Gremium hinsichtlich eines heutigen Beschlusses ab und stellt fest, dass der Wunsch des Gremiums heute keinen Empfehlungsbeschluss zu fassen, sondern in der Gemeinderatsitzung zu entscheiden, sei. Sie stellt eine Einigkeit im Gremium zu diesem Vorgehen fest.

TOP 2

Überblick zur aktuellen Situation der Kindertageseinrichtungen

Beratungsverlauf:

Der **Leiter** und ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Bildung und Familie gehen anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, auf die Vorlage ein. Man schaffe kontinuierlich und intensiv Plätze. 666 Plätze seien es seit 2018 gewesen, weitere 228 neue Plätze seien in Planung. Den tatsächlichen Bedarf decke dies allerdings bei Weitem nicht. Die Nachfragesituation sei eine andere als vor drei oder vier Jahren. Die Gründe dafür liegen einerseits in der höheren Geburtenrate und andererseits darin, dass das Land zum Schuljahr 2022/23 erneut den Stichtag für die Einschulung auf den 30.Juni vorverlegt habe. Kinder, die nach diesem Stichtag Geburtstag haben, müssen erst im Jahr darauf zur Schule gehen und können ein Jahr länger im Kindergarten bleiben. Ergänzend wird mitgeteilt, dass es in diesem Jahr nicht belegbare Plätze gebe. Dies liege zum einen am akuten Fachkräftemangel, zum anderen an Bauverzögerungen in einigen Einrichtungen. Der Mangel an pädagogischen Fachkräften Sorge zudem dafür, dass in vielen Einrichtungen die Betreuungszeit dauerhaft reduziert werden musste.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache. Die Bedarfsplanung werde im November dem Gremium vorgestellt. Fachkräfte müssen akquiriert werden, um im Bestand die Einrichtungen zu halten und

Protokollauszug Bildungs- und Sozialausschuss 05.07.2023

neue Einrichtungen zu schaffen. Die Eltern brauchen die Plätze. Mit allen Trägern habe man durch die Bedarfsplanung eine Platzgemeinschaft gebildet.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** spricht die Möglichkeit der pädagogischen Assistenz an. Die Vhs solle aktiv für die Ausbildung werben. Die Einrichtungen seien sehr gut ausgestattet. Auch die Quartiersentwicklung in den Stadtteilen solle in die Überlegungen einfließen und bei den Gemeinwesenbeauftragten thematisiert werden.

Stadtrat **Meyer** wird der Vorlage zustimmen. Er hätte sich gewünscht, dass die anwesenden Elternvertreter zu Tagesordnungspunkt 1, auch bei der Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt präsent gewesen wären. Bei den Planungszahlen von Biregio habe seine Fraktion bereits die Abzinsung von 10% kritisiert, dies zeige auch die Erfahrung der letzten 10 Jahre. Der Personalmangel sei ein gesamtwirtschaftliches Problem, wie auch die Preissteigerungen, die Bauverzögerungen und die fehlenden Handwerker. In den Haushaltsberatungen müsse man gemeinsam Abwägungen treffen. Er dankt der Verwaltung für die großen Anstrengungen.

TOP 2

Überblick zur aktuellen Situation der Kindertageseinrichtungen

Man hinke dem Bedarf permanent hinterher, meint Stadträtin **Moersch**. Die fehlenden Plätze im U3-Bereich seien für die Eltern bitter. Hierdurch ergebe sich auch ein Einnahmeausfall in den Familien. Die Abweichung bei den Planungen durch Biregio sei ein Unsicherheitsfaktor. Pädagogische Fachbegleitung durch die Vhs und Quereinsteiger können eventuell Abhilfe schaffen. Vermehrt sollen Kindernester und Betriebskindergärten geschaffen werden. Sie fragt, ob die Betriebe direkt angesprochen wurden und wie die Rückmeldungen seien.

Die fehlenden Plätze erschweren den Wiedereinstieg in das Berufsleben, führt Stadträtin **Metzger** aus. Die Personalsituation und der Fachkräftemangel sei schwierig, auch in anderen Bereichen, wie Pflege und Hotelbranche. Sie spricht weiter die Thematik Baupreise und Bauverzögerungen an. Die Auswirkungen im Wohnungsbau und die Verzögerungen der Projekte wirken sich auch auf die Bedarfslage im Kitabereich aus. Die letztjährige Werbekampagne war sehr umfangreich.

Die Situation sei nie zufriedenstellend, meint Stadträtin **Knecht** und fragt, ob es über den Betreuungsschlüssel Steuerungsmöglichkeiten gebe. In anderen Bundesländern sei der Schlüssel höher. Der Wiedereinstieg in den Beruf hänge auch von der Kinderbetreuung ab. Die Fachkräfte fehlen in den Unternehmen. Quereinstieg und Betriebskindergärten sollen mitgedacht werden.

Man befinde sich in einem Dilemma, meint Stadtrat **Müller**. Er fragt, warum der Neubau HCL mit 0 Plätzen ausgewiesen sei. Weiter will er wissen, warum der Ersatzkindergarten Brahmweg bei den nichtbelegbaren Plätzen aufgeführt sei. Er fragt nach dem Ende der Verschiebung des Einschulungstichtages und will wissen, ob der Wechsel von U3 in Ü3 als neuer Anmeldevorgang gesehen werde. Seit 2020 sei die Diskrepanz größer geworden, stellt er fest.

Ein gewisser Qualitätsstandard werde von den Eltern erwartet, sagt Stadträtin **Wiedmann**, auch hinsichtlich des Betreuungsschlüssels. Sie regt zur Deckung des Bedarfs die Heranziehung der Tagespflege an und fragt, ob diese Quote bei den Anmeldezahlen berücksichtigt sei.

Die Rahmenbedingungen seien in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich, so EBMin **Schmetz**. Die Fachkräfte distanzieren sich von einer Erhöhung des Betreuungsschlüssels. Im individuellen

Einzelfall gebe es situationsangemessen die Möglichkeit einer Überbelegung. Zum Elternaustausch untereinander, unter anderem bei eingeschränkten Öffnungszeiten, könne eine Plattform eingerichtet werden. Die Tagespflege basiere auf einem privatrechtlichen Vertrag. Der Landkreis melde die Anzahl der Tagespflegepersonen ohne eine genaue Differenzierung. Man habe sich auf eine Quote verständigt und diese werde angesetzt. Sie geht weiter auf die Bauvorhaben ein. Der HCL habe temporär in einem Modulbau gestartet und dadurch gebe es auch nach dem Umzug keine weiteren Plätze. Der Umzug von St. Paulus in die Beethovenstraße habe sich verzögert und dies wirke sich auf den Brahmsweg aus. Weiter geht sie auf die Veränderungen seit dem Jahre 2020 ein. Durch die Pandemie habe es einen Aufnahmestopp gegeben und die Aufnahme habe sich dadurch verzögert. Der vorgezogene Einschulungstichtag sei mit dem Kindergartenjahr 2022/23 abgeschlossen. Die Anmeldevorgänge von U3 in Ü3 hängen von der jeweiligen Einrichtung und den freien Plätzen ab. Betriebskindergärten gebe es bereits viele. Diese seien nicht bedarfsorientiert für Ludwigsburg, da der Wohnort nicht ausschlaggebend sei. Für Quereinsteiger gebe es verschiedene Programme vom Land. Das eigene Modell über die Vhs werde vom Jobcenter unterstützt. Derzeit seien 12 Teilnehmende im Kurs und dies solle weiter ausgebaut werden.

EBMin **Schmetz** lässt nach dieser Aussprache über die Vorlage abstimmen.

TOP 2.1 **Bericht über die Anmeldezahlen für die
Kindertagesstätten im Kitajahr 2023/24**

Beratungsverlauf:

Siehe TOP 2

TOP 2.2 **Maßnahmen zur Bedarfsplanung
Kindertageseinrichtungen für das
Kindergartenjahr 2023/24**

Vorl.Nr. 134/23

Beschluss:

Den beantragten Änderungen des Betreuungsangebots laut Anlage 1 für das Kindergartenjahr 2023/24 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

Siehe TOP 2

TOP 2.3 Ausbauplanung Kindertagesbetreuung

Beratungsverlauf:

Siehe TOP 2

TOP 3 Aufnahme des Trägers MAHALE gGmbH in die Vorl.Nr. 016/23 **städtische Bedarfsplanung:** **Kindertageseinrichtung Jägerhofkaserne**

Beschluss:

1. Der Aufnahme in die kommunale Bedarfsplanung des Trägers MAHALE gGmbH mit 2 Krippengruppen und 2 Gruppen für Kinder im Alter von 3-6 Jahren mit einer Betreuungszeit von 9 Stunden wird zugestimmt.
2. Zur Deckung seiner laufenden Betriebskosten erhält der Träger MAHALE gGmbH bis zum Abschluss der Kindergartenvertragsverhandlungen ein Interims-Betriebskostenförderung in Höhe von 75% der tatsächlich nachgewiesenen und anerkannten Betriebskosten. Für das Haushaltsjahr 2024 belaufen sich die Kosten auf rund 363.000 Euro.
3. Vorbehaltlich der Mittelbereitstellung im Haushaltsplan 2024 erhält der Träger für die Erstausrüstung mit losem Mobiliar und pädagogischen Material eine Förderung von 80% der nachgewiesenen Kosten, maximal 112.000 Euro

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

Der **Leiter** des Fachbereiches Bildung und Familie geht auf die Vorlage ein.

Stadträtin **Dr. Traub** dankt den Trägern.

EBMin **Schmetz** lässt über die Vorlage abstimmen und schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.